

## **OB Klaus Eberhardt zur Bewilligung des Tunnels Karsau-Minseln auf 390 Meter Länge**

---

Sehr zufrieden nahm Oberbürgermeister Klaus Eberhardt die Nachricht auf, dass der Bund jetzt - nach erneuter Prüfung der Planung zum Ausbau der A 98.5 - rasch entschieden hat, die Überdeckelung zwischen Karsau und Minseln auf 390 Meter zu verlängern. Die Stadt hatte den bisherigen Vorschlag von 79 Metern Länge als völlig unzureichend eingestuft.

„Ich bin mir zwar bewusst, dass es noch bessere Lösungen für das Tunnelprojekt in der hochsensiblen Landschaft zwischen Karsau und Minseln gibt“, so Klaus Eberhardt, „allerdings haben wir seitens der Stadt immer versucht, das Machbare zu fordern“. Über Jahre hinweg hat die Stadtverwaltung eine „vermittelnde Tunnel-Lösung“ favorisiert, die sowohl die Aspekte des Lärmschutzes als auch des besonderen Landschaftsbildes, aber eben auch eine vertretbare Nutzen-Kosten-Beziehung erfüllt.

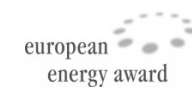
Hinter die Forderung der Stadt Rheinfelden (Baden) – einstimmig durch den Gemeinderat beschlossen – stellten sich Kreistag, Regionalverband und sämtliche Bundes- und Landtagsabgeordnete aus der Region. Das Vorgehen wurde stets mit der Bürgerinitiative Tunnel Karsau-Minseln abgestimmt, die über Jahre hinweg leidenschaftlich auf sehr guter Argumentationsgrundlage für eine Verlängerung des Tunnels gekämpft hat. Dabei wurden zwei Mal Vor-Ort-Termine aller Abgeordneten und ebenfalls Vor-Ort-Termine mit Staatssekretären des Bundesverkehrsministeriums organisiert. Bis zuletzt hatte Oberbürgermeister Klaus Eberhardt in einer öffentlichen Videokonferenz mit den Vertretern der Straßenbauverwaltung und den

Abgeordneten für den 390-Meter-Tunnel geworben. „Es war schlussendlich eine Gemeinschaftsleistung aller Beteiligten“, resümiert das Stadtoberhaupt.

Besonderen Respekt für die Unterstützung zollt Klaus Eberhardt der Regierungspräsidentin Bärbel Schäfer. Bei zwei Terminen in Berlin im Bundesverkehrsministerium, habe sie sich vorbehaltlos hinter die Forderung der Stadt Rheinfelden (Baden) gestellt. Dabei habe die Regierungspräsidentin deutlich gemacht, dass die kleine Tunnellösung aufgrund der ausführlichen Erörterung der Planung wohl rechtlich nicht durchsetzungsfähig sei. Aus Sicht der Stadt Rheinfelden (Baden) hat sich dieser gemeinsame Schulterschluss mehr als bewährt. Die jahrelange Arbeit der Bürgerinitiative und der Verwaltung sowie die politische Unterstützung für eine machbare Lösung haben sich ausgezahlt, hält Klaus Eberhardt abschließend fest.

Pressemitteilung – 13.07.2021

Rheinfelden  
Baden



Stadt Rheinfelden (Baden)

Stabsstelle Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Weitere Auskünfte:

Chantal Hommes-Olaf  
Tel. 07623 95 329

[c.hommes-olaf@rheinfelden-baden.de](mailto:c.hommes-olaf@rheinfelden-baden.de)